



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

Stärkung der Raumordnung angesagt

Deutscher Verband Wir brauchen eine gestärkte und wirkungsvollere Raumordnungspolitik. Dazu hat der Deutsche Verband zur Bundestagswahl ein aktuelles Positionspapier vorgelegt.

www.deutscher-verband.org

In Deutschland verschärfen sich die regionalen Disparitäten; die Lebensverhältnisse in den Regionen entwickeln sich immer weiter auseinander. Festmachen lässt sich dies an zunehmenden Unterschieden beim Einkommen und Arbeitsplatzwachstum, der Bevölkerungsentwicklung, dem Durchschnittsalter sowie der Infrastrukturausstattung und der öffentlichen Daseinsvorsorge. So liegt das Medianeinkommen in Vorpommern bei 2.027, in der Region Stuttgart bei 3.500 Euro. Die Bevölkerung wuchs in Berlin zwischen 2011 und 2014 um 4,3 Prozent und ging in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg um 3 Prozent zurück; das Durchschnittsalter beider Regionen liegt bei 42,6 bzw. 48,6 Jahren. In Göttingen kommen auf 100.000 Einwohner 64 Allgemeinärzte, in Dortmund nur 34.

WACHSTUMS- UND SCHRUMPFUNGSREGIONEN In wachsenden Regionen wird Wohnraum knapp, Mieten und Immobilienpreise steigen sprunghaft. Die Neuvertragsmiete in München liegt bei knapp 16 Euro/qm, der Preis für ein Standardeinfamilienhaus bei 1,18 Millionen Euro. Günstiger ist die Miete mit 4 Euro/qm in Wunsiedel; in der Region Halle ist ein typisches Einfamilienhaus schon für 84.000 Euro zu haben. Dafür gibt es in Schrumpfungsräumen hohe Leerstände, eine nicht ausgelastete Infrastruktur. Wachstumsregionen können auch ländlich sein, wie rund um den Bodensee, Schrumpfungsbereiche städtisch, wie Teile des Ruhrgebiets. Vermehrt treten kleinräumige Disparitäten auf.

Und auch die Umsetzung nationaler Politikziele, wie das 30 ha Ziel, die Klimaschutzziele und die Energiewende sowie Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung, lassen sich nicht gleichmäßig auf Regionen und Branchen verteilen. Sie sind in hohem Maß an Flächen und Raum gebunden. Jede Maßnahme – seien es Flächen für Windräder oder Biomasse, neue Stromtrassen, mehr Retentions- und Überflutungsflächen, der Braunkohleausstieg samt der Folgen für Arbeitsplätze und Regionalwirtschaft – ist für die einzelnen Teilräume mit unterschiedlichen Belastungen verbunden.

STÄRKUNG DER RAUMORDNUNGSTRUMENTE Gleichwertige Lebensverhältnisse lassen sich ohne stärkeres staatliches Handeln nur schwer erreichen. Dafür muss vor allem die Raumordnung dringend mit wirkungsvolleren Instrumenten ausgestattet werden. Diese müssen integrierte Ansätze verfolgen, Interessen ausgleichen, demokratisch legitimiert und mit finanziellen Mitteln ausgestattet sein. Für die klassischen Landesentwicklungs- und Regionalpläne bedeutet dies: Raumbedeutsame Planungen, Maßnahmen und Interessen müssen schon in die Erstellung der Raumplanungsentwürfe eingebracht werden. Auch sollte die Regionalplanung über eine Direktwahl der Regionalräte stärker demokratisch legitimiert sein. Zur Umsetzung der Raumordnungsplanung ist eine Verzahnung der verschiedenen Instrumente der Regionalentwicklung durch integrierte und koordinierte Fördermittelvergabe notwendig. Öffentliche Gelder sollten nur auf Grundlage integrierter regionaler Entwicklungskonzepte zum Einsatz kommen. Zusätzlich braucht die Raumordnung aber auch selbst gesonderte Finanzierungsinstrumente etwa für die Entwicklung und Sanierung größerer Gebiete außerhalb der Siedlungsräume.

Der Deutsche Verband hat dazu auf Grundlage eines Diskussionspapiers von Dr. Runkel mit ausgewählten Experten von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft ein Positionspapier mit konkreten Vorschlägen erarbeitet. Dieses wird als Plädoyer für eine gestärkte und neujustierte Raumordnungspolitik in die Koalitionsverhandlungen eingebracht. «



Dr. Josef Meyer, Vizepräsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.